

15. III. 1918

119

### Oesterreichischer Reichsrat.

#### Erledigung der Steuervorlagen. — Die Mannschaftsgebühren.

Wien, 14. März.

Das Abgeordnetenhaus hat heute die Beratung der Vorlagen über die im Jahre 1916 erlassene kaiserliche Verordnung beendet, welche die Kriegszuschläge zu den direkten Steuern regelte. Die Anträge des Finanzausschusses, die zum Teile sehr weitgehende Aenderungen und Verschärfungen der kaiserlichen Verordnung bedeuten, wurden von uns im Abendblatte bereits mitgeteilt. Der Berichterstatter Abgeordneter Dr. Steinwender empfahl seine Anträge und auch der Finanzminister Freiherr v. Wimmer griff mit einer längeren Rede in die Debatte ein. Der Minister erklärte, die Finanzverwaltung habe ihre Zustimmung zu den über die seinerzeitigen Maßnahmen stark hinausgehenden Anträgen erteilt, obwohl sie sich bewußt war, daß die Vorlage eine außerordentliche Anspannung der direkten Steuern bedeutet. In allen kriegsführenden Ländern werden eben von dem Ergebnisse der wirtschaftlichen Produktion, seien es Kapitalszinsen, sei es unmittelbares Arbeitseinkommen, viel größere Teile als bisher an den Staat abgegeben werden müssen. Es müsse mehr gearbeitet und es müsse mehr gespart werden. Die Kriegszuschläge gelten nur für die Jahre 1918 und 1919. Im Jahre 1919 werde also eine neuerliche Behandlung der direkten Steuern erfolgen müssen, und es werde sich Gelegenheit ergeben, eventuell eine Ausgleichung vorzunehmen. Der Finanzminister betonte die Notwendigkeit, die Erhöhung der indirekten Steuern zu beschließen und setzte hiesfür einen Termin bis Ende April. Im Monat Mai werde nämlich eine neue Kriegsanleihe aufgelegt werden, und für ihr Gelingen wäre es ein großer Vorteil, wenn die Zinsen durch Steuereingänge voll fundiert sind. Freiherr v. Wimmer erklärte ferner, daß die Kriegsanleihe der feste Besitz ist; es sei ganz ausgeschlossen, daß der Staat den übernommenen Verpflichtungen nicht nachkommen werde. Das gesamte Verzinsungserfordernis könne unmöglich ausschließlich mit direkten Steuern gedeckt werden, es müßten auch die indirekten Steuern überall in ausgiebigem Maße erhöht werden.

Aus der Debatte ist eine Rede des Abgeordneten Kuranda besonders hervorzuheben. Der Abgeordnete Kuranda wendete sich in scharfen Worten gegen die Systemlosigkeit in der Steuergesetzgebung, gegen den Mangel eines allgemeinen Finanzplanes und Finanzprogramms. Er erklärte, das Vorgehen des Berichterstatters und der Regierung seien daran schuld, daß gewisse Klassen des erwerbenden Kapitals und des Unternehmertums in einer Weise belastet werden, welche im Verein mit der zu erwartenden Vermögensabgabe kaum weiter möglich sein werde. Die Besteuerung der Kontokorrentzinsen bezeichnete er als ungeheuerlich. In einer Zeit, wo man die Sicherstellung der Valuta im Auge hat, ruiniere man die Möglichkeit, daß ausländische Gelder in Oesterreich angelegt werden. Die Vorlage wurde hierauf genehmigt. Ebenso wurde der Gesetzentwurf über die Kriegsteuer des Jahres 1918 in der Fassung des Ausschusses nach einer Debatte, an welcher der Berichterstatter Dr. Steinwender, der Abgeordnete Kuranda und der Finanzminister Freiherr v. Wimmer teilnahmen, vom Abgeordnetenhause in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Vor den Steuervorlagen hatte das Haus den Bericht des Wehrausschusses über die Erhöhung der Mannschaftsgebühren verhandelt. Der Antrag des Ausschusses, den heute Abgeordneter Leuthner als Referent vertrat, verlangt, daß die Mannschaftsgebühren des Heeres, der Landwehr und des Landsturmes ehe baldigst im Wege der Gesetzgebung mindestens in der Höhe der derzeit für die mobile Mannschaft in Deutschland geltenden Löhnung festgesetzt werden sollen. Landesverteidigungsminister FML. v. Czapp hatte dem Ausschusse mitgeteilt, daß für die im Hinterland befindliche Mannschaft eine Zulage von 25 Heller täglich in Aussicht stehe. Eine Erhöhung der Zulage für die Mannschaft im Felde sei nicht vorgesehen. Der Ausschuss beschloß darauf eine Resolution, in der ausgesprochen wird, daß eine solche Steigerung der Löhne durchaus unzureichend sei. Der Landesverteidigungsminister erklärte in der heutigen Debatte, daß die Verhandlungen zwischen den beteiligten Zentralstellen über die Erhöhung der Mannschaftsgebühren noch zu keinem endgültigen Ergebnis geführt haben; er werde sich nach besten Kräften für die möglichst günstige Lösung dieser Frage einsetzen. Nach einer längeren Debatte wurden sowohl der Antrag wie die Resolution des Ausschusses angenommen.